

Ernst Wangermann

Vom vernünftigen System zur Logik der ökonomischen Entwicklung

Zur Demokratiediskussion in der englischen und deutschen Arbeiterbewegung

Die demokratischen Aspekte der amerikanischen und französischen Revolution lösten bei den Pionieren des Sozialismus und der Arbeiterbewegung sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Viele der ‚utopischen Sozialisten‘ zogen aus dieser revolutionären Erfahrung die Lehre, daß das allgemeine (Männer-)Wahlrecht und die dazugehörigen politischen Rechte und Institutionen gar nicht geeignet wären, die Lage der armen und ausgebeuteten Mehrheit des Volkes zu verbessern und eine gerechte, harmonische Gesellschaft hervorzubringen. Bei diesen sozialistischen Kritikern der französischen und amerikanischen Revolution war so etwas wie ‚Politikverdrossenheit‘ entstanden. Sie wollten sich von der Politik ab- und der ‚Wissenschaft‘ zuwenden. Statt Robespierre oder Jefferson wählten sie Isaac Newton zu ihrem Leitbild. Sie sahen sich als Wissenschaftler der Gesellschaft verstehend, versuchten sie, Einblick in die Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Beziehungen zu gewinnen und daraus die echten Grundsätze der gesellschaftlichen Organisation abzuleiten.

Der britische utopische Sozialist Robert Owen war einer von jenen, die zuversichtlich den Anspruch erhoben, diese „echten Grundsätze“ entdeckt zu haben. Die Entdeckung habe so lange auf sich warten lassen, weil die Vertreter der Religionen bisher die Menschheit absichtlich irreführt hätten. Da sich Owen als Wissenschaftler verstand, wandte er sich in seinen Schriften und seiner Propaganda konsequenterweise in erster Linie an jene Individuen und Gruppen, von denen man einen Sinn für wissenschaftliche Methode und vernünftiges Raisonement erwarten konnte, d.h. an die gebildete Elite sowie an jene, die die Gesetze und Maßnahmen, die sich aus den neuen Erkenntnissen

ergaben, veranlassen konnten, d.h. an die Träger der politischen Macht. Vollkommen irrelevant und zweckwidrig schien aus der Sicht Owens die nach der französischen Revolution vom Juli 1830 in England und Frankreich mächtig in Erscheinung tretende demokratische Bewegung unter den Handwerkern und Arbeitern, die das Werk der bisherigen politischen Revolutionen nicht als verfehlt, sondern als unvollendet betrachteten. Owen versuchte denn auch, diese Handwerker und Arbeiter vom demokratischen Irrweg abzubringen und sie auf den friedlichen Weg zu seinem „vernünftigen System“ der geplanten kooperativen Produktion zu leiten. Er argumentierte, daß demokratische Verfassungen wie die in der demokratischen Bewegung legendäre französische Verfassung von 1793 die Lage der Armen nicht verbessert hätten, und erinnerte daran, daß in den Vereinigten Staaten tausende Menschen arbeitslos waren, obwohl sie das Wahlrecht besaßen.¹ Das allgemeine Wahlrecht würde nur Arbeiter zu Politikastern machen und die bisherigen falschen Regierungsgrundsätze durch neue, aber ebenso falsche, ersetzen.²

Nicht alle utopischen Sozialisten waren so konsequente Kritiker des allgemeinen Wahlrechts wie Owen. Louis Blanc, der ähnliche Ideen über genossenschaftliche Produktion vertrat, glaubte, daß diese durch Kredite finanziert werden müßte, die nur von einem demokratisch gewählten Parlament zu erwarten wären. Nur ein demokratisch bestimmter Staat würde die erforderliche Funktion einer „Bank der Armen“ übernehmen.³ Daher verbündete er sich mit der demokratischen Bewegung in Frankreich.

Eine grundlegende und prinzipielle Kritik der nicht-demokratischen paternalistischen Perspektiven Owens finden wir in den frühen Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. Diese verstanden sich zwar nicht weniger als Owen als Wissenschaftler der Gesellschaft, die eine den menschlichen Bedürfnissen besser als der Kapitalismus entsprechende Organisation der Produktion und Gesellschaft verwirklichen wollten. Sie glaubten aber nicht, daß gesellschaftliche Fragen reine Fragen der Wissenschaft, der Vernunft bzw. des Irrtums wären, die man, losgelöst von den in der Gesellschaft tatsächlich entstandenen Bewe-

1 Chushichi Tsuzuki, Robert Owen and Revolutionary Politics, in: Sidney Pollard u. John Salt, Hg., Robert Owen, Prophet of the Poor. Essays in Honour of the Two Hundredth Anniversary of his Birth, London 1971, 16, 31.

2 Tsuzuki, Owen, wie Anm. 1, 15.

3 Joachim Höppner u. Waltraud Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui: Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Leipzig 1975, I, 301.

gungen, einfach ausargumentieren könne, um dann das wissenschaftlich Erwiesene gesellschaftlich umzusetzen. Statt der „transzendentalen Verachtung“ der Utopisten für die im Entstehen begriffene wirkliche Bewegung der Handwerker und Arbeiter empfanden Marx und Engels eine überschwängliche Hochachtung und Bewunderung für sie und glaubten, in ihr das von der geschichtlichen Entwicklung gelieferte Rohmaterial, aus dem die neue Gesellschaftsordnung zu schaffen wäre, entdeckt zu haben. Wir können diesen Gegensatz durch die Gegenüberstellung zweier Zitate, beide aus dem Jahr 1844, veranschaulichen. Robert Owen erklärte in diesem Jahr, daß nur die gebildete Mittelklasse das neue „vernünftige System“ aufbauen könne und begründete diese Behauptung wie folgt:

Es ist nicht möglich, daß die Erwachsenen der Arbeiterklasse in dieser Generation mehr als arbeitende Mitglieder (der neuen Gemeinschaft) werden können. Ihre Sprache, Gewohnheiten, beschränkte Ideen und Unwissenheit der Welt machen es unmöglich, bis zur Wiedergeburt ihres Geistes, jenen gleichgesetzt zu werden, welche Bildung und Stand ihnen ungleich gemacht haben.⁴

Fast zur selben Zeit schrieb Marx in einem Brief an Ludwig Feuerbach:

Sie müßten einer der Versammlungen der französischen ouvriers beigewohnt haben, um an die jungfräuliche Frische, an den Adel, der unter diesen abgearbeiteten Menschen hervorbricht, glauben zu können. Der englische Proletarier macht auch Riesenfortschritte (...) Ich darf aber nicht vergessen, die theoretischen Verdienste der deutschen Handwerker in der Schweiz, London und Paris hervorzuheben. Nur ist der deutsche Handwerker noch zu viel Handwerker. Jedenfalls aber bereitet die Geschichte unter diesen „Barbaren“ unserer zivilisierten Gesellschaft das praktische Element zur Emanzipation des Menschen vor.⁵

In diesen zwei Zitaten kommt vermutlich nicht nur ein Unterschied der subjektiven Wahrnehmung zum Ausdruck, sondern auch die objektive Tatsache, daß Marx, im Gegensatz zu Owen, die Leitvorstellung der demokratischen Be-

4 New Moral World, 10. Feb. 1844, von mir übersetzt und zit. n. Tsuzuki, Owen, wie Anm. 1, 34. Wie ausgesprochen paternalistisch Owen dachte, geht auch daraus hervor, daß er die zukünftige Gesellschaft als ‚parental democracy‘ verstanden wissen wollte, ebenda, 31.

5 Marx an Feuerbach, 11. Aug. 1844, in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Berlin 1959 ff. (im folgenden: MEW) 27, 426.

wegung teilte, nämlich die Vorstellung, daß das wesentliche Element in der Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit die Ausübung der politischen Macht durch die Minderheit sei. Aus der Auffassung von den Arbeitern und ihrer Bewegung als dem „praktischen Element“ zur gesellschaftlichen Erneuerung ergaben sich spezifische Richtlinien für die Tätigkeit sozialistischer Theoretiker und Gesellschaftskritiker, die von jenen der Utopisten wie Owen gänzlich verschieden waren. Statt abstrakter Überlegungen über die Prinzipien eines „vernünftigen Systems“ empfahl sich ein gründliches Studium des geschichtlichen Entwicklungsprozesses der Gesellschaft; statt Belehrung der Bewegung über die wahren Prinzipien schien die aktive Teilnahme an der Bewegung das Gebot der Stunde, wobei der Theoretiker der Bewegung helfen konnte, aus der Erfahrung schnell die entsprechenden Lehren zu ziehen.

Diese Richtlinien sind bereits aus der ersten programmatischen Erklärung Marx' in den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* (1843) herauszulesen:

Es hindert uns nichts, unsere Kritik (...) an die Parteinahme in der Politik, also an *wirkliche* Kämpfe anzuknüpfen und (sie) mit ihnen zu identifizieren. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen. Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln (dann) der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, worum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen *muß*, wenn sie auch nicht will (...) Unser Wahlspruch muß also sein: Reform des Bewußtseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analysierung des mystischen, sich selbst unklaren Bewußtseins, trete es nun religiös oder politisch auf (...) Es wird sich zeigen, daß es sich (bei der Erneuerung der Gesellschaft) nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit. Es wird sich zeigen, daß die Welt keine *neue* Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtsein ihre alte Arbeit zustande bringt. Wir können also unsere Tendenz (...) in *ein* Wort fassen: Selbstverständigung (...) der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche. Dies ist eine Arbeit für die Welt und für uns. Sie kann nur das Werk vereinter Kräfte sein.⁶

Wenn auch die eine oder andere Formulierung in dieser Erklärung den Verdacht paternalistischer Ansätze auch bei Marx aufkommen läßt, so steht doch fest,

6 Marx an Ruge, Sept. 1843, in den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* als programmatische Erklärung veröffentlicht, in: MEW 1, 345–346.

daß das Konzept eines von den „vereinten Kräften“ der Welt und der Theoretiker zu vollbringenden Werkes ihn und seine Anhänger zum vorbehaltlosen Anschluß an die demokratische Bewegung motivierte. Konnte doch der angestrebte kommunistische bzw. sozialistische Bewußtwerdungsprozeß nur das Ergebnis der Betätigung in dieser Bewegung sein.⁷ Während also Owen die englischen *Chartisten* vom Kampf für die „sechs Punkte“ einer radikal-demokratischen Verfassung⁸ abbringen wollte, weil nach seiner Auffassung die Probleme der Arbeit durch demokratische Reformen nicht gelöst werden könnten, solidarisierte sich Engels mit ihnen in der Überzeugung, daß nur der Kampf für die sechs Punkte die Arbeiter zu dem vollen Bewußtsein der Bedürfnisse bringen würde, die sie mittels der erkämpften demokratischen Verfassung befriedigen können würden:

Die Arbeiter werden ihre Charte durchsetzen, das ist natürlich; aber bis dahin werden sie noch über vieles klar werden, was sie durch die Charte durchsetzen können und wovon sie jetzt noch wenig wissen.⁹

Diese Gedanken und Perspektiven fanden dann auch im *Manifest der Kommunistischen Partei* (Februar 1848), dem Programm des Bundes der Kommunisten, das dessen Verwandlung von einer geheimen Gesellschaft zu einem integralen Teil der demokratischen Bewegung dokumentieren sollte, eine allerdings recht knappe und zugespitzte Formulierung. Zum einen stellte das *Manifest* in Abrede, daß die Kommunisten „besondere Prinzipien“ aufgestellt hätten, nach denen sie die proletarische Bewegung modellieren wollten:

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind (...) Sie

7 Die Begriffe ‚Sozialismus‘ und ‚Kommunismus‘ waren unbestimmt. Marx und Engels wollten in den 1840er Jahren zwischen einer ‚kommunistischen‘ Arbeiterbewegung und ‚sozialistischen‘ Strömungen unter den bürgerlichen Schichten unterscheiden. Spätestens ab den 1860er Jahren akzeptierten sie die Begriffe ‚Sozialismus‘ und ‚Sozialdemokratie‘ für ihre eigenen Perspektiven und die Bewegungen, mit denen sie sich identifizierten.

8 Die ‚Six points of the Charter‘ (1836) waren das bis dahin radikalste und konsequenteste demokratische Programm: manhood suffrage, annual parliaments, payment of MP’s, no property qualification for MP’s, secret ballot, equal electoral districts.

9 Die Lage der arbeitenden Klasse in England in 1844, in: MEW 2, 450–451.

sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.¹⁰

Zum anderen wird im *Manifest* wiederholt vorausgesetzt, daß die Emanzipation der Arbeiter und die ins Auge gefaßte Neuordnung der Gesellschaft nur mittels der Demokratisierung der Verfassung und der Übernahme der politischen Macht durch die arbeitende Mehrheit verwirklicht werden könne:

Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.¹¹

In diesem Schlüsselsatz reformulierte Marx die klassische Leitvorstellung der demokratischen Bewegung und machte sie zum Eckpfeiler seiner revolutionären Perspektive.

Die nach der Publikation des *Kommunistischen Manifests* unternommenen Versuche, diese demokratisch-sozialistische (oder sozial-demokratische) Perspektive in die praktische Tagespolitik der Arbeiterbewegung umzusetzen, sind bisher nur bruchstückhaft erforscht worden. Es waren vor allem Versuche, eigenständige politische Arbeiterparteien zu organisieren und sie mittels eines konkreten und detaillierten Parteiprogramms auf die im *Manifest* angedeutete Perspektive zu orientieren. Der erste Versuch dieser Art wurde gleich nach Ausbruch der Revolutionen von 1848 in jenen deutschen Territorien unternommen, in die deutsche Mitglieder des Bundes der Kommunisten zurückgekehrt waren. Sie sollten die verschiedenartigen und vereinzelt deutschen Arbeitervereine in einer zentralisierten politischen Organisation mit ihrem Hauptquartier in Mainz vereinigen.¹² Die *17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland* sollten dieser neuen Partei als Programm dienen. Sie war jedoch als zentralisierte Partei noch nicht auf die Beine gekommen, als das Scheitern der Revo-

10 MEW 4, 474–475.

11 MEW 4, 481.

12 Walter Schmidt, Der Bund der Kommunisten und die Versuche einer Zentralisierung der deutschen Arbeitervereine im April und Mai 1848, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft IX (1961), 577–614; W. Smirnowa, Wilhelm Wolff, in: E. Kandel u. S. Lewiowa, Hg., Marx und Engels und die ersten proletarischen Revolutionäre, Berlin 1965, 183–185.

lution 1849 allen solchen Bestrebungen den Boden entzog. Die überlebenden Bestandteile wurden durch den Kölner Kommunistenprozeß 1853 zerstört.¹³

Im englischen Exil bemühten sich Marx und Engels sogleich in Zusammenarbeit mit dem radikalen Flügel der *Chartisten* unter George Julian Harney und Ernest Jones um die Wiederbelebung der Chartistenbewegung als politische Arbeiterpartei mit einem über die sechs Punkte der Carta in Richtung sozialer und wirtschaftlicher Forderungen hinausgehenden Programm. Die alte nurdemokratische Losung – die Carta und keine Konzessionen – wurde durch die Losung ersetzt: die Carta und etwas mehr (the Charter and something more). Am 9. November 1850 wurde das *Kommunistische Manifest* in der von Harney herausgegebenen Zeitschrift *The Red Republican* in der Übersetzung von Helen Macfarlane veröffentlicht. Ende März 1851 adoptierte eine Konvention der *Chartisten* ein Programm, in dem der Einfluß von Marx und seinen Anhängern deutlich wahrzunehmen ist: Verstaatlichung des Grund und Bodens; dessen Verpachtung nicht nur an Einzelne, sondern auch an Genossenschaften; genossenschaftliche Industrieproduktion im nationalen Maßstab; staatlicher Kredit zur Finanzierung der Genossenschaften.¹⁴ Einiges in diesem Programm deckte sich mit den Vorstellungen Owens und der utopischen Sozialisten. Der entscheidende Unterschied aber war, daß das Programm an den ursprünglichen sechs Punkten der Carta festhielt. Die politische Macht der Mehrheit, ihre Kontrolle über die Gesetzgebung, galt als unerläßliche Voraussetzung für die Durchsetzung der geforderten Verstaatlichungen und Vergenossenschaftlichungen:

Ich bin überzeugt, schrieb Ernest Jones 1851, daß die Befreiung der Arbeit nur möglich ist, wenn ihre Vertreter die politische Macht in der Hand haben.¹⁵

Um die Mitte der 1850er Jahre war die von Ernest Jones herausgegebene Tageszeitung *The People's Paper* das einzige Marx und seiner Gruppe zur Verfügung

13 Shlomo Na'aman, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten in Deutschland in der zweiten Phase seines Bestehens, in: Archiv für Sozialgeschichte V (1965), 72–82; Werner Blumenberg, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: International Review of Social History IX (1964), 81–122.

14 Das Programm ist vollständig abgedruckt in: John Saville, Hg., Ernest Jones Chartist, London 1952, 257–263; eine deutsche Zusammenfassung in: W. Galkin, Ernest Jones, in: Kandel, Marx, wie Anm. 12, 474–476.

15 Kandel, Marx, wie Anm. 12, 480.

stehende publizistische Organ. Dennoch brach Marx seine Beziehungen zu Jones ab, als dieser, durch den mangelnden Widerhall auf seine Reden und Schriften entmutigt, sich entschloß, den Kampf für das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts aufzugeben, und zusammen mit einer Gruppe radikaler Liberaler für eine beschränkte Erweiterung des Wahlrechts zu agitieren.¹⁶ In den 1860er Jahren entstand, nicht ohne das Zutun von Marx und seiner Gruppe, die *Reform League*, die das Erbe der *Chartisten* antrat und den Kampf für das allgemeine Wahlrecht wieder aufnahm. Die z.T. revolutionäre Formen annehmende Agitation der *Reform League* erreichte zwar nicht das uneingeschränkte Wahlrecht, aber dessen Ausdehnung auf die Mehrheit der städtischen Arbeiter.¹⁷

Während sich die „anerkannten Vertreter“ der englischen Arbeiter nach der parlamentarischen Reform von 1867 darauf beschränkten, mit den etablierten bürgerlichen Parteien über die Aufnahme von sozialen Forderungen der Arbeiter in ihr Programm zu verhandeln, bemühte sich Marx zusammen mit seinen englischen Gefolgsmännern, eine von diesen Parteien unabhängige Arbeiterpartei in der Nachfolge der *Chartisten* ins Leben zu rufen. Der geringe und kurzfristige Erfolg, der diesen Bemühungen beschieden war, führte dazu, daß diese Episode in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung lange Zeit gänzlich in Vergessenheit geriet. Sie ist aber in verschiedener Hinsicht bemerkenswert: Sie führte zur unmittelbaren Konfrontation mit John Stuart Mill, der zu dieser Zeit einer bürgerlichen Landreform-Bewegung seine Ideen vermittelte.¹⁸ Im Jahre 1876 veröffentlichte Marx' damaliger Vertrauensmann Maltmann Barry in seiner kurzlebigen Zeitung *The People's Advocate* ein politisches Programm, das er nach dem Vorbild der *Chartisten* *The People's Charter* nannte und das eindeutig in die Reihe der von Marx und Engels inspirierten Programme der europäischen Arbeiterparteien gehört. Am Anfang stehen soziale und wirtschaftliche Maßnahmen, die die Emanzipation der Arbeiter bewirken sollten, namentlich die Verstaatlichung des Grund und Bodens und der anderen Produktionsmittel. Dann folgen „die Mittel“, ohne welche diese Maßnahmen nicht realisierbar wären. Es sind die für eine konsequente Demokratisierung der Verfassung und der politischen Ordnung notwendigen Reformen, die aber weit über die sechs Punkte der *Carta der Chartisten* hin-

16 Saville, Jones, wie Anm. 14, 75–76.

17 Royden Harrison, *Before the Socialists. Studies in Labour and Politics 1861–1881*, London 1965, 78–136.

18 Harrison, *Socialists*, wie Anm. 17, 210–250.

ausgehen, obwohl die klassische Forderung der englischen Demokraten nach jährlichen Parlamentswahlen, die auf die *Levellers* zurückging, durch die realistischere Forderung nach einer dreijährigen Legislaturperiode (statt der damaligen siebenjährigen) ersetzt wurde. Unter den insgesamt 15 Forderungen unter der Rubrik „Mittel“ finden wir: Allgemeines Wahlrecht; Diäten für die Mitglieder des Parlaments; Demokratisierung der Gemeinde- und Schulräte; allgemeiner, unentgeltlicher und konfessionsfreier Unterricht; Trennung von Kirche und Staat; Vereinfachung der Gesetze; Selbstverwaltung für Irland, Schottland und Indien, Abschaffung des stehenden Heeres und dessen Ersetzung durch eine Nationalgarde; eine Außenpolitik in Opposition zu den Despoten und für die Unterstützung aller nach Freiheit strebenden Völker.¹⁹

Zeitlich fielen diese Bemühungen mit der Gründung und Existenz der *Internationalen Arbeiterassoziation* (IAA) zusammen, in deren Generalrat Marx als Sekretär für Deutschland tätig war. Seine erfolgreichen Bemühungen, die wesentlichen Aspekte seiner demokratisch-sozialistischen Perspektive in den programmatischen Erklärungen und Statuten der Assoziation zum Ausdruck zu bringen, sind wiederholt dargestellt worden.²⁰

Er stieß dabei vor allem bei den aus Frankreich entsandten Delegierten auf starken Widerstand. Viele französische Arbeiter waren nach dem Scheitern der demokratischen Republik und der gewaltsamen Unterdrückung aller Vorstöße in Richtung einer „sozialen Republik“ für die alternative Perspektive einer Abkehr von Politik und Gesetzgebung und einer von den Werkstätten direkt zu unternehmenden Transformation der Produktion empfänglich geworden. Das war die Perspektive, die ihnen vor allem Pierre-Joseph Proudhon in seinen späteren Schriften vor Augen führte. Die Proudhonisten in der IAA lehnten daher jegliche politische Organisation und Betätigung seitens der Arbeiter ab. Die demokratische Republik schien ihnen als Mittel des Übergangs zu einer den Interessen der Arbeiter entsprechenden Produktionsweise und Gesellschaftsordnung ebenso untauglich wie einer Generation früher Owen und seinen Anhängern. Durch die Auslassung der Worte „als Mittel“ gelang es den Proudhonisten in der französischen Version der programmatischen Erklärung

¹⁹ Paul Martinez, *The People's Charter and the Enigmatic Mr. Maltman Barry*, in: *Bulletin of the Society for the Study of Labour History* 41 (Autumn 1980), 34–45. Das Programm ist S. 39–40 zur Gänze abgedruckt.

²⁰ Z.B. Henry Collins u. Chimen Abramsky, *Karl Marx and the British Labour Movement – the Years of the First International*, London 1965.

gen der IAA, der politischen Betätigung eine ganz untergeordnete Bedeutung zuzumessen.

Als nach der Unterdrückung des Pariser Kommune-Aufstandes eine Welle der Verfolgung gegen alle der IAA affilierten Organisationen einsetzte, glaubte Marx, daß sich die Arbeiterbewegung gegen diese Offensive nur dann in einen Stand adäquater Verteidigung setzen könne, wenn sie sich in ihrer Gesamtheit und explizit zum Prinzip der politischen Organisation und Betätigung verpflichte. Jedenfalls benützte er die Gelegenheit, seine Auffassung von der Bedeutung demokratischer Verhältnisse und parlamentarischer Tätigkeit konkreter als je zuvor darzulegen.

Man soll keineswegs glauben, daß es von geringer Bedeutung ist, Arbeiter in den Parlamenten zu haben. Wenn man ihre Stimme erstickt, (...) so üben diese Repressalien und diese Unterdrückung eine tiefe Wirkung auf das Volk aus. Wenn sie dagegen, wie Bebel und Liebknecht, von der Parlamentstribüne sprechen können, so hört sie die ganze Welt. Sowohl in dem einen wie in dem anderen Fall verschafft das unseren Prinzipien große Publizität. Um nur ein Beispiel zu bringen: Als Bebel und Liebknecht während des Krieges, der in Frankreich geführt wurde, darangingen, gegen den Krieg zu kämpfen, um (...) die Verantwortlichkeit dafür seitens der Arbeiterklasse von sich zu weisen, war ganz Deutschland erschüttert; und sogar in München, dieser Stadt, wo Revolutionen nur wegen des Bierpreises zustande kommen, fanden große Kundgebungen statt, auf denen die Beendigung des Krieges gefordert wurde. Die Regierungen sind uns feindlich gesinnt; man muß ihnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln antworten. Arbeiter in die Parlamente bringen ist gleichbedeutend mit einem Sieg über die Regierungen.²¹

In den Debatten über diese in der Arbeiterbewegung auch damals noch umstrittenen Frage, konnte Marx, wie wir aus dem angeführten Zitat ersehen können, als positives Beispiel für die Bedeutung politischer und parlamentarischer Betätigung seitens der Arbeiter nicht England, sondern Deutschland anführen. Dort hatte sich, gerade zu der Zeit, als analoge Versuche in England scheiterten, eine unabhängige Arbeiterpartei mit demokratisch-sozialistischen Perspektiven konstituiert.

21 Rede Marx' auf der Londoner Konferenz der IAA, 20. Sept. 1871, in: Rolf Dlubek u. Evgenija Stepanova, Hg., Die I. Internationale in Deutschland (1864-1872). Dokumente und Materialien, Berlin 1964, 608.

Nach dem Scheitern und der Unterdrückung der deutschen Gemeinden des Bundes der Kommunisten hatte Ferdinand Lassalle als erster wieder den Versuch unternommen, eine politische Organisation und Agitation für die Arbeiter ins Leben zu rufen. So sehr dieser Versuch im Prinzip mit den Bemühungen von Marx und Engels im Einklang war, so entschieden lehnten diese jedoch die Taktik Lassalles und seiner Nachfolger ab, die sich in Preußen auf ein politisches Bündnis mit Bismarck gegen die Liberalen einließen, gerade zu der Zeit, als sich die Liberalen im heftigen Kampf um echte verfassungsmäßige Zustände in Preußen befanden. Engels verfaßte eine Schrift zum Verfassungskonflikt, in der er die Arbeiter vor der Taktik der Lassalleaner warnte: Im Kampf um Verfassung und bürgerliche Rechte lieferten die Liberalen, gewollt oder ungewollt, den Arbeitern die Waffen, die sie für ihren eigenen Emanzipationskampf unbedingt brauchten. Von der preußischen Reaktion hätten die Arbeiter aber höchstens „kleine Konzessionen“ zur Verbesserung ihrer materiellen Lage zu erwarten. Niemals aber würde die preußische Regierung, deren Grundprinzip die paternalistische Bevormundung der Untertanen war, den Arbeitern die ihnen so notwendigen politischen Rechte konzedieren:

Bourgeoisie und Arbeiter können eine wirkliche geregelte Macht nur durch parlamentarische Vertretung ausüben; und diese parlamentarische Vertretung ist nur dann etwas wert, wenn sie mitzureden und mitzubeschließen hat (...) Das ist ja aber gerade, was Bismarck eingeständenermaßen verhindern will (...) Es ist also das Interesse der Arbeiter, die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen alle reaktionären Elemente zu unterstützen, *so lange sie sich selbst treu bleibt*. Jede Eroberung, die die Bourgeoisie der Reaktion abzwingt, kommt, unter dieser Bedingung, der Arbeiterklasse schließlich zugut (...).

Aber wenn nun die Bourgeoisie sich selbst untreu wird, ihre eigenen Klasseninteressen (...) verrät? Dann bleiben den Arbeitern zwei Wege übrig! Entweder die Bourgeoisie gegen ihren Willen voranzutreiben, sie soweit möglich zwingen, das Wahlrecht auszudehnen, die Presse und Versammlungen zu befreien und damit dem Proletariat ein Gebiet zu schaffen, auf dem es sich frei bewegen und organisieren kann. Dies haben die englischen Arbeiter seit der Reformbill von 1832, die französischen Arbeiter seit der Julirevolution 1830 getan und gerade durch und mit dieser Bewegung, deren nächste Ziele rein bürgerlicher Natur waren, ihre eigene Entwicklung und Organisation mehr als durch irgend ein anderes Mittel befördert.

Oder aber, die Arbeiter ziehen sich ganz von der bürgerlichen Bewegung zurück und überlassen die Bourgeoisie ihrem Schicksale. Dieser Fall trat in England, Frank-

reich und Deutschland nach dem Scheitern der europäischen Arbeiterbewegung von 1848 bis 1850 ein (...).

Selbst in dem äußersten Fall, daß die Bourgeoisie, aus Furcht vor den Arbeitern, sich unter der Schürze der Reaktion verkriechen und an die Macht der ihr feindlichen Elemente um Schutz gegen die Arbeiter appellieren sollte – selbst dann wird der Arbeiterpartei nichts übrigbleiben, als die von den Bürgern verratene Agitation für bürgerliche Freiheit, Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht trotz der Bürger fortzuführen. Ohne diese Freiheiten kann sie selbst sich nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zu atmen nötig hat.²²

Die Argumente Engels', die von den Anti-Lassalleanern Bebel und Liebknecht unermüdlich in Rede und Schrift verbreitet wurden, scheinen den Erfahrungen der deutschen Arbeiter entsprochen zu haben. Die „Bismarckerei“ wurde von immer mehr Arbeitern und Arbeiterorganisationen abgelehnt, die sich dann schnell den programmatischen Richtlinien der IAA zuwandten. Bereits 1868 konnte Bebel dem *Verband Deutscher Arbeitervereine* beim Nürnberger Vereinstag vorschlagen, das Programm der IAA zu adoptieren, was mehrheitlich angenommen wurde.²³ Neben einigen Passagen, die den Statuten der IAA wörtlich entnommen wurden, wurde folgende Erklärung in das Programm der aus diesem Vereinstag hervorgehenden und 1869 in Eisenach formell gegründeten *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) aufgenommen:

Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin *untrennbar* von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und *nur* möglich im *demokratischen Staat*.²⁴

22 Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei (1865), in: MEW 16, 72–73, 75–77.

23 Programmvorschlag für den Vereinstag des Verbandes deutscher Arbeitervereine in Nürnberg, 20. Aug. 1868, in: Dlubek, Internationale, wie Anm. 21, 235; Siehe dazu auch Roger Morgan, *The German Social Democrats and the First International 1864–1872*, Cambridge 1965, 142–148.

24 Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 9. Aug. 1869, in: Dlubek, Internationale, wie Anm. 21, 408. Das war die klassische demokratische Perspektive, die Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* übernahmen und in die programmatischen Erklärungen der IAA einbrachten. Morgan, *Social Democrats*, wie Anm. 23, 173, irrt m.E., wenn er diesen Passus dem Einfluß der „rein-demokratischen“ *Deutschen Volkspar-*

Die dieser Erkenntnis entsprechenden Reformen waren als „die nächsten Forderungen in der Agitation der SDAP geltend zu machen“: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Männer vom 20. Lebensjahre an, sowohl für das Parlament als auch für die Landtage der Einzelstaaten; genügende Diäten für die Volksvertreter; Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession, usw.²⁵

Im Kontext Englands, des damals sozial und wirtschaftlich entwickeltesten Landes, galt es bei den demokratisch orientierten Sozialisten für axiomatisch, daß die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts mit der Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse gleichbedeutend sein würde. In Frankreich und Deutschland mußte angesichts der weiterhin bestehenden Mehrheit der ländlichen Bevölkerung und besonders im Lichte der französischen Wahlen von 1848 befürchtet werden, daß Wahlen, die auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhten, sozialistisch orientierten Arbeiterparteien keine Mehrheit verschaffen würden. Engels hatte dieses Problem in seiner Schrift zum preußischen Verfassungskonflikt aufgegriffen:

Das Ackerbauproletariat ist derjenige Teil der Arbeiterklasse, dem seine eigenen Interessen (...) am schwersten und am letzten klarwerden, (...) derjenige Teil, der am längsten ein bewußtloses Werkzeug in der Hand der ihn ausbeutenden bevorzugten Klasse bleibt (...) Nun hat selbst in Frankreich, wo doch fast nur freie grundbesitzende Bauern existieren, (...) das allgemeine Stimmrecht die Arbeiter nicht in die Kammer gebracht (...) Was würde das Resultat des allgemeinen Stimmrechts in Deutschland sein, wo der Feudaladel noch eine wirkliche soziale und politische Macht ist und wo zwei Ackerbautagelöhner auf einen industriellen Arbeiter kommen? (...) Solange das Landproletariat nicht in die Bewegung mit hineingerissen wird, solange kann und wird das städtische Proletariat in Deutschland nicht das geringste ausrichten, solange ist das allgemeine, direkte Wahlrecht für das Proletariat keine Waffe, sondern ein *Fallstrick*.²⁶

Wenn sich die IAA unter dem wachsenden Einfluß von Marx im Jahre 1869 am Basler Kongreß der „Grund- und Bodenfrage“ zuwandte, geschah das zweifellos in der Absicht, die politische Agitation in die arbeitende Bevölkerung

tei zuschreibt. Diese Position war längst von Marx aus der „rein-demokratischen“ Tradition übernommen worden.

²⁵ Dlubek, Internationale, wie Anm. 21, 409–410.

²⁶ MEW 16, 74.

auf dem Land hineinzutragen. Da es nach der Überzeugung der meisten Arbeiterführer unter der Landbevölkerung nicht einmal Ansätze zu einer gesellschaftlichen Bewegung gab, an die man hätte „anknüpfen“ können, so glich der in Basel eingeleitete Prozeß jenem Hineintragen des Bewußtseins von außen, jenem Zurufen von abstrakt ausgeheckten Losungen, das Marx in seinen anfangs zitierten frühen Schriften ausdrücklich abgelehnt hatte. Das Resultat der Basler Diskussionen war der mehrheitliche Beschluß einer nicht näher motivierten Erklärung, daß die Gesellschaft das Recht besitze, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln und daß diese Verwandlung eine Notwendigkeit sei.²⁷

Die Vertreter der eben gegründeten SDAP waren über die „erschreckende Unmotiviertheit“ der Basler Beschlüsse verblüfft. Die Grund- und Boden-Erklärung würde nur ihre kleinbürgerlichen Verbündeten im demokratischen Anti-Bismarck-Lager abschrecken, ohne den Arbeitern Verbündete unter den Landarbeitern und Kleinbauern zu gewinnen.²⁸ Diese Befürchtungen wurden von einigen Führern der SDAP mit Marx während seines Aufenthalts in Hannover im Herbst 1869 besprochen. Die Diskussion wurde dann in einem Brief an Marx weitergeführt, der es wohl verdient, hier in seinem vollen Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Geehrtester Herr Marx!

Gestatten Sie mir, daß ich mich in einer hochwichtigen Angelegenheit an Sie wende.

Wir sprachen doch neulich in Hannover davon, wie die so verdrückt liegenden bäuerlichen Verhältnisse in Deutschland es wohl schwerlich gestatten würden, daß dieses Land zugleich mit England und Frankreich den praktischen Boden der Baseler Beschlüsse betreten und daß ein zu frühzeitiger Versuch nur einen Putsch zur Folge haben könne.

Daher bin ich darauf verfallen – wenn sich auch im Anfang die Schwierigkeiten berghoch türmen sollten –, zur Beseitigung dieser zu erwartenden kontersozialistischen, daher antirevolutionären Bestrebungen möglichst beizutragen – oder mit anderen Worten, den Bauern die Baseler Beschlüsse mit Honig einzugeben. (Ein „liberaler“ Volksbeglucker in Hessen sagte einmal, „man müsse dem Bauern vorn einen Leckkuchen und hinten eine scharfe Pistole hinhalten, dann gehe er vorwärts“. Die Ansicht ist jedenfalls ebenso „liberal“ wie „fortschrittlich“?)

27 Dlubek, Internationale, wie Anm. 21, 427.

28 Liebknecht an Bonhorst (Auszug), Okt. 1869, in: Dlubek, Internationale, wie Anm. 21, 428.

Es gilt also, einen „deutschen Bauernverein“ oder etwas Derartiges zu gründen. Ich glaube, daß ich dieses Bedürfnis nicht *allein* fühle.

Nun denken Sie sich aber mal so einen alten, knorrigen Burschen, der 3 1/2 Schollen *im Besitz* hat, mit Kind und Kegel, Haus und Hof in Mist und Jauche sitzt, nicht über die Gemarkungsgrenze hinauskommt, und wenn er so alt wie Methusalem würde! Der könnte doch nicht anders, als nach Anhörung unserer Tiraden, *gewichtig* mit seinem Dreimaster (Nebelspalter) schütteln, umkehren – und „halt beim Alten bleiben“. Und doch soll und muß dem Kerl beigebracht werden:

1. Die Wichtigkeit der Assoziationsidee resp. deren Durchführung.

2. Die damit zusammenhängende Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt.

3. Soll er auf Grund der nach unendlicher Mühe beigebrachten Erleuchtung endlich auch dazu noch veranlaßt werden, einer zentralisierten Gewerkschaft beizutreten, die 1 und 2 auf der Fahne hat.

Hochverehrter Marx! Sie haben uns, der Menschheit, unendliche Dienste geleistet, haben dem sozialistischen Gedankengange wissenschaftlich die Bahn freigemacht! Aber für die Praxis stehen wir noch ratlos da.

Circa annum 1950 erwarten, bis der deutsche Bauer überhaupt alle geworden ist, – das scheint mir sehr langweilig und andererseits kämen die geschichtlichen Ereignisse störend hinzu.

Diese sind es überhaupt, welche – *je eher* eintretend, *um so gewisser* – die ganze Nation, *gerade durch die Haltung der Bauern* zum Selbstmord, d.h. in die Arme der hierdurch ermöglichten und alsdann maßgebenden „bürgerlichen Reaktion“ treiben würde, wenn eben vorher der „sozialistische Bauernfang“ *noch nicht* exerziert worden wäre.

Nun nehmen Sie also obige 3 Punkte und noch einen vierten – daß nämlich das alles *rasch* vor sich gehen soll und muß, dann werden Sie meinen Ausspruch noch nicht zu gewagt finden, daß die Situation zum verzweifeln ist.

Trotz alledem, wir müssen dran! – Wie *entern* wir den „Dreimaster“? Wo hat er seine schwächsten Seiten, in die wir die Enterhaken treiben können?

Sie, der Sie schon lang und gründlich in allen Statistiken herumgewandert sind, müssen auch am besten wissen, wo den *deutschen* Bauern der Schuh am meisten drückt. Versprechen wir ihm da die Operation, dann denke ich, wird er mit uns durch dick und dünn gehen.

So glaube ich (entschuldigen Sie eventuell den Neuling), das Hypothekenwesen müsse eine gelungene Handhabe werden können. Ebenso die Erhöhung der Ertragsfähigkeit der Ländereien. Versicherungen auf Gegenseitigkeit, Konkurrenzfähigkeit mit größeren Gütern. Schulwesen. Alles auf das Prinzip des Staates zu basieren.

Sollten Sie allenfalls auf diese Anregung den Gegenstand, an Betracht seiner hohen Wichtigkeit, in wissenschaftlicher Form bearbeiten, dann möchte ich mir noch

eine Bitte erlauben, dies so populär zu schreiben, daß wir es allorts unseren Vertrauensmännern als „Leitfaden zur Agitation beim deutschen Bauern“ in die Hand geben können.

Sie werden meinen Freimut wohl mit dem Interesse entschuldigen, das ich für einen Gegenstand hegen muß, welcher der Stein der Weisen auf dem sozialistischen Gebiete Deutschlands genannt zu werden verdient, der uns nicht gestattete, – ohne Ihren erfahrenen Rat weiterzugeben –, meine Idee zu verwirklichen.

Ihrer Freundlichkeit halte ich mich insoweit versichert, daß Sie mir in ein paar Zeilen den Empfang meines Schreibens und das Schicksal meiner Bitte andeuten.

Mit herzlichen Grüßen Ihr ergebener

Bonhorst²⁹

Marx und Engels haben diesen Brief offensichtlich nicht als den schrillen Alarmruf aufgefaßt, der er eindeutig war. Engels reagierte mit der etwas selbstgefälligen Bemerkung, daß der Basler Beschluß zumindest „die Kerls in Deutschland zu denken gezwungen habe“ und daß Bonhorst mit der Hypothek „doch gleich den rechten Fleck getroffen“ habe.³⁰ Statt des erbetenen Leitfadens zur Landagitation erhielten die deutschen Sozialisten nur einige knappe Bemerkungen zu dieser Frage in der Vorbemerkung zur 2. Auflage des *Deutschen Bauernkriegs* (1870). Und sich selbst trauten die deutschen Sozialisten keine derartige Initiative zu. Bebel veröffentlichte im März 1870 eine Artikelreihe im *Volksstaat* über die Ziele der SDAP, in der er sich damit begnügte festzustellen, wie notwendig einerseits, aber wie schwierig andererseits es wäre, die Bauern von Gegnern zu Verbündeten der sozialistischen Arbeiter zu machen.³¹ Am ersten (Stuttgarter) Kongreß der SDAP im Juni 1870 wurden die Basler Beschlüsse formell in die Forderungen der Partei aufgenommen. Der Kongreß sprach die Ansicht aus,

daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staats wegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten (...) Um die vernünftige und wissenschaftliche Ausbeutung des Grund und Bodens zu ermöglichen, hat der Staat die Pflicht, durch Errichtung entsprechender Bildungsanstalten die nötigen Kenntnisse unter der ackerbautreibenden Bevölkerung

29 Bonhorst an Marx, 25. Okt. 1869, in: Dlubek, *Internationale*, wie Anm. 21, 429–431.

30 Engels an Marx, 1. Nov. 1869, MEW 32, 382.

31 Dlubek, *Internationale*, wie Anm. 21, 437–441.

zu verbreiten. Als Übergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung fordert der Kongreß mit den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen zu beginnen.³²

Mit diesem Beschluß war die Bauernfrage für die Partei auf lange Zeit erledigt, und sie wurde geflissentlich vergessen. Erst als die sozialistische Reichstagsfraktion durch die Wahlen von 1884 stark genug wurde, um eigene Anträge einbringen zu können, erinnerte Engels die Führung an die Notwendigkeit der so lange vernachlässigten Landagitation:

Wenn Ihr Anträge im Reichstag stellt, so ist da einer, der nicht vergessen werden sollte. Die Staatsdomänen werden meist an Großpächter verpachtet, kleinstenteils an Bauern verkauft (...) Zu verlangen wäre *Verpachtung großer ungeteilter Domänen an Genossenschaften von Ackerbauarbeitern zur gemeinsamen Bewirtschaftung* (...) Ich glaube, daß dieser Feuerbrand unter die Ackerbautagelöhner geworfen werden muß, was ja bei den vielen staatssozialistischen Debatten geschehen kann. Damit, und damit allein sind die Landarbeiter zu fassen: das ist die beste Methode, sie darauf hinzuweisen, daß sie später bestimmt sind, die großen Güter der jetzigen gnädigen Herren für gemeinschaftliche Rechnung zu bewirtschaften.³³

Da Bebel auf diese Anregung eher negativ reagierte, kam Engels bald darauf zurück:

Es ist dies eine Maßregel, die wir unter allen Umständen poussiren müssen (...) und die wir selbst durchführen müssen, sobald wir ans Ruder kommen: die Übertragung - pachtweise zunächst - der großen Güter an selbstwirtschaftende Genossenschaften unter Staatsleitung und so, daß der Staat Eigentümer des Bodens bleibt (...) Damit allein ist Preußen kaputt, und je früher wir sie popularisieren, desto besser für uns.³⁴

Bebel reagierte auch auf diese wiederholte Anregung nicht. Das Agrarprogramm der Partei blieb weiter ein toter Buchstabe und das Wachstum der Partei im wesentlichen auf die Städte beschränkt.³⁵

32 Dlubek, Internationale, wie Anm. 21, 481-482.

33 Engels an Bebel, 12. Dez. 1884, in: W. Blumenberg, Hg., August Bebel: Briefwechsel mit Friedrich Engels, Den Haag 1965, 205.

34 Engels an Bebel, 20. Jän. 1886, ebenda 252.

35 W.L. Guttsmann, The German Social Democratic Party 1875-1933, London 1981, 99-103.

Der Übergang von der demokratischen Orientierung der Arbeiterpartei zur „Erkämpfung der Demokratie“ erwies sich also als wesentlich schwieriger als die Befürworter dieser Orientierung erwartet haben mochten. Die eindrucksvollen Wahlergebnisse der deutschen Sozialdemokraten verleiteten gelegentlich zu überschwänglichem Optimismus über eine unmittelbar bevorstehende Machtergreifung und Umwandlung der Gesellschaft. Die nüchterne Tatsache aber war, daß zur Zeit der Revision des Parteiprogramms nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890) die Demokratie nicht nur noch nicht *er kämpft* worden war, sondern die demokratische Republik nicht einmal offen *gefordert* werden konnte, ohne die Partei der Gefahr einer abermaligen Illegalisierung auszusetzen. Kein Wunder also, daß man in Engels' Versuch, anläßlich der damaligen Programmdiskussion die klassischen Positionen der demokratischen Perspektive in Erinnerung zu rufen, einen Ton enttäuschter Resignation verspürt:

Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats,³⁶ wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsre besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollen wie Miquel. Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis-Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich-friedlichem Weg (...) nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft einrichten.³⁷

Die Tatsache, daß das Weiterbestehen der meist undemokratisch, ja zum Teil noch absolutistisch regierten Einzelstaaten innerhalb des Kaiserreichs im Programmwurf in keiner Weise in Frage gestellt wurde, reizte Engels zu der Bemerkung:

Die Kleinstaaterie muß beseitigt werden – man revolutioniere doch die Gesellschaft (nicht), solange es bayrisch-württembergische Reservatrechte gibt und die Karte z.B.

36 Das Verhältnis des Begriffs „Diktatur des Proletariats“ in den Schriften von Marx und Engels zu ihrer demokratischen Perspektive kann hier nicht weiter untersucht werden und erfordert einen eigenen Artikel.

37 Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwurfs 1891, MEW 22, 235.

von Thüringen das gegenwärtige Jammerbild bietet! Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten.³⁸

Bebels Antwort auf Engels' kritische Bemerkungen müssen ihn in seinem Pessimismus bestärkt haben. Sie zeigt, daß im Laufe des langjährigen und nur geringe Erfolge zeitigenden politischen Tageskampfes die demokratische Perspektive tatsächlich ins Wanken geraten war:

Daß die Forderungen des Programms nicht mit dem Königtum verwirklicht werden, darüber täuscht sich niemand. Andererseits dürfen die Forderungen nicht so aufgefaßt werden, als müßten sie bis auf den letzten Punkt verwirklicht sein, ehe das eigentliche Ziel in Betracht gezogen werden könnte. Wie ich unsere Zustände ansehe und ihre rasche Entwicklung zu schließen erlaubt, kann leichter das Ganze erreicht werden, ehe nur ein Teil verwirklicht wird.³⁹

In einer Berliner Parteiversammlung zur Diskussion des Programmentwurfs drückte er diesen Gedanken deutlicher aus:

Ob wir unsere Forderungen alle verwirklichen werden, weiß ich nicht. Leicht ist es auch möglich, daß wir die ganze soziale Gesellschaft verwirklicht haben, ehe eine von diesen Forderungen erfüllt ist. Die ökonomische Entwicklung kann der politischen voraneilen und diese mit sich fortreißen.⁴⁰

Mit diesen Gedanken stand Bebel keineswegs allein in der Partei. Sie lassen, wie ich glaube, nur eine Schlußfolgerung zu. Man war zu einer nicht-demokratischen Perspektive zurückgekehrt. Der Unterschied zu Robert Owen bestand darin, daß die deutschen Sozialdemokraten nicht auf die allgemeine Einsicht in das „vernünftige System“ warteten. Sie verließen sich statt dessen auf die Logik der ökonomischen Entwicklung, die man aus der „Lehre“ von Karl Marx über die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion herauslesen zu können glaubte. Die Logik der ökonomischen Entwicklung mußte erhalten, um die Sozialdemokratische Partei über den mangelnden politischen Erfolg zu trösten. Und sie tröstete nur allzu sehr.

³⁸ MEW 22, wie Anm. 37, 235.

³⁹ Bebel an Engels, 22. Juni 1891, in: Blumenberg, Bebel, wie Anm. 33, 424.

⁴⁰ Rede am 16. Juli 1891, ebenda 424, Anm. 5.